



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/12 - 15. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1-2-3

Katholiken und demokratische Sozialisten im Gespräch
Dies ist nicht für Propaganda
Von Willi Eichler
Mitglied des Vorstandes der SPD

87

4 - 5

Reichstagsöffnung in Schweden
Sozialaufwendungen - grösste Ausgabenpost

67

6

Ein Knigge aus Pankow
Der Anstand wird entdeckt

37

7

Rückkehr emigrierter Wissenschaftler
Eine begrüssenswerte Idee des Bundes-Atom-Ministeriums

27

* * * * *

Katholiken und demokratische Sozialisten im Gespräch

Von Willi Bickler
Mitglied des Vorstandes der SPD

Katholiken und demokratische Sozialisten waren am 11. und 12. Januar einer Einladung der Katholischen Akademie in Bayern zu einem politischen Gespräch gefolgt. Es gibt nicht wenige Zweifler, die sich von einem solchen Versuch nicht viel versprechen. Zu tief, meinen sie, sind die weltanschaulichen Gegensätze, die angeblich unvermeidlich auch zu grundverschiedenen Haltungen im politischen, im rechtlichen und im kulturellen Leben führen müssen. Noch grösser ist vielleicht die Zahl derjenigen, die ein fruchtbares Gespräch zwischen Katholiken und demokratischen Sozialisten gar nicht wünschen, weil es vielleicht einige politisch nützliche "Frontstellungen" schleifen würde. Von beiden Haltungen hatten sich die Teilnehmer an der Wochenendbegegnung weitgehend frei gemacht. Freilich, wer je des Glaubens gewesen ist, es genüge ein kurzes Gespräch zwischen Katholiken und Sozialisten, um alles bisher Trennende zu überwinden, der lebte immer in einer unrealen Welt. Der Sinn solcher Gespräche liegt zunächst in sehr viel elementarerem Erkenntnissen. Ja, man kann sogar sagen, schon in der Vermittlung blosser Kenntnisse.

Weit ist der Weg, den Kirche und demokratischer Sozialismus, die beiden Gesprächspartner, zurückgelegt haben. Er war blockiert durch historische Entwicklungen und Fehlentscheidungen, über die zu rechten dem als unfruchtbar erscheinen wird, der dem geschichtlichen Ablauf, in dem er sich selber befindet, aktiv und in voller Verantwortung den ihm zugehörigen Sinn mitverleihen möchte.

Hiervon ging das Gespräch aus. Es drohte, gleich zu Anfang zu stocken, als Professor Gundlach S.J. meinte, eine Partei, die sich nicht einfach auf den Ablauf des Geschehens verlassen wolle, und ihre politische Tätigkeit auf Überzeugungen und Werte stütze, müsse notwendigerweise eine Weltanschauungspartei sein. Streng genommen ist dies die Kardinalfrage, nicht nur dieses Gesprächs, sondern einer Verständigung unter Gutgesinnten überhaupt. Sie zog sich denn auch wie ein roter Faden durch die beiden Tage hindurch. Der Hinweis Prof. Carlo Schmid, und später Dr. Adolf Arnolds, eine Weltanschauung enthalte immer auch eine Aussage über "letzte Wahrheiten", eine politische Partei aber könne solche Aussagen nicht machen, genügte nicht, die Grundlagen der Gemeinsamkeit zu sichern. Dabei schienen diese Grundlagen bei der konkreten

Besinnung auf Aufgaben und Sinn des Staates, auf die Würde des Menschen, auf sein Lebensrecht, die Freiheit der Persönlichkeit, der Gerechtigkeit des Eigentums, der Familie, der Hilfe für die Schwachen, eindeutig gelegte Schienen aber wiederum stark umstritten, als es um das Verhältnis der evangelischen und katholischen Christen zum Naturrecht ging. So heftig von evangelischer Seite das Naturrecht abgelehnt wird, - es zeigt sich, dass Forderungen, die der Katholik dem Naturrecht ableitet, auch von anderen Menschen anerkannt werden, obwohl sie ihre Begründung aus dem Naturrecht nicht annehmen. Sie glauben, dass diese Begründung sich mit ihren religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen nicht vereinbaren lässt.

So seltsam es erscheinen mag: hier, in den verschiedenen Begründungen, liegen die tiefsten Quellen verhängnisvoller menschlicher Trennungen. Die verschiedenen Begründungen gleicher Werte und Ideale, denen politische, weltanschauliche und religiöse Gemeinschaften sich verpflichtet fühlen, werden meist wichtiger genommen, als die Verständigung über diese Werte selber. Und so hat sich denn auch bei diesen Gesprächen gezeigt, eine wie weitgehende Übereinstimmung sich über viele dieser Werte selber erzielen lässt, wenn man sie unmittelbar anspricht und - was noch wichtiger ist - über ihre abstrakte Formulierung hinaus in ihre Anwendung auf die gesellschaftliche Gegenwart verstösst.

Waldemar von Knoeringen und Professor von Pölnitz, beide über die Kulturpolitik unserer Zeit sprechend, fanden selbst auf diesem Gebiet, das am ehesten spannungsgeladen ist, solche Gemeinsamkeiten. Nicht zufällig, obwohl nicht auf einander abgestimmt, kamen beide auf das grosse Beispiel des Widerstandes der vielen Männer und Frauen gegen den Terror des totalitären Staates. Ihr Kampf um die Freiheit, in dem sie ihr Leben einsetzten, ging um das Gleiche, wo immer auch die Quelle ihrer Überzeugung entsprang. Dieser Widerstand war das menschlich Entscheidende, das Wie und Wofür, nicht das Warum.

Noch grössere Übereinstimmung zeigte sich bei den Professoren Gerhard Weisser und Oswald von Hell-Breuning S.J. in ihren Beiträgen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Immer wieder erlebt man, wie gross die Überraschung vieler Menschen ist, die sich das erste Mal einer Gruppe Gleichgesinnter persönlich gegenübersehen, die sie bis dahin nur vom Hörensagen oder aus Propagandaschriften kannten - also nicht kannten. "Wir haben alle viel gelernt", sagte der Direktor der Katholischen Akademie, Dr. Forster, am Ende der Tagung. Er sprach gewiss allen aus dem

Herzen.

Was haben wir wirklich gelernt? Es wird bei vielen die Neigung bestehen, dem Zug der Zeit folgend, diese Tagung als etwas Originelles, wenn man will, Sensationelles, aufzufassen und damit über sie zur Tagesordnung und zur nächsten Sensation überzugehen. Nichts würde dem Sinn dieser Tagung weniger gerecht. Solche Gespräche dürfen nicht einmalige Ereignisse sein. Sie können bei der Tiefe des Gegenstandes nur ausgeschöpft werden, wenn sie mehr und mehr auch in die Fragen gemeinsamer Gestaltung unserer pluralistischen Welt vorringen. Sie dürfen, also nicht abreissen. Fragen wie "Wem nützen sie mehr, den Sozialisten oder den Katholiken?", "Wer kann den Andern dabei politisch übervertellen?", "Welche Hintergedanken mögen dabei mitspielen?" verraten bereits einen Pessimismus, der den inneren Gehalt der Demokratie verkennt. Am Anfang demokratischen Lebens steht das Gespräch. Es dient der Selbstverständigung und der Verständigung - den Voraussetzungen politischer Entscheidungen, die vernünftiger Menschen würdig sind.

+ + +

"Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft. In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, dass das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft einschliesst."

+

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den Grundsätzen der Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde aller gegenüber, die Toleranz auch für sich als verpflichtend anerkennen. Diese Grundsätze sollen das Zusammenleben und die Auseinandersetzung zwischen den weltanschaulich und politisch getrennten Gruppen des deutschen Volkes bestimmen. Es soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, volle Freiheit der Kunst, der Forschung und Lehre, der Presse und des Rundfunks herrschen."

+

Aus: "Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" 1954

+ + +

Reichstagseröffnung in Schweden

R.H.-Stockholm

Die dröhnende Marschmusik der Leibgarde mit ihren oprettenhögsten hohen Mützen, der ernste Zug der Reichstagsmänner vom Gottesdienste zum Sitzungssaale, der König, flankiert vom ordensgeschmückten Hofstaate, in den Logen die in Hoftracht prunkenden Damen des Königshauses und der Regierungsmitglieder, die Botschafter und Gesandten aus aller Welt in ihren bunten Uniformen und draussen das winterliche Weiss Stockholms mit Tausenden von fresslustigen Wasservögeln auf Strömende eisigem Wasser: das ist der traditionelle Rahmen der Reichstagseröffnung in Stockholm.

Die Thronrede des Königs, der Staatsvoranschlag und das Nationalbudget sind die Unterlagen einer parlamentarischen Prinzipdebatte, die alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens umspannt. Keine dieser Unterlagen ist besonders erfreulich. Die politischen Spannungen haben nicht nachgelassen. Schwedens Aussenpolitik - beschwichtigend und allianzfrei - steht da vor einer Aufgabe, die weit über die eigenen Kräfte hinausgeht. Die Landesverteidigung ist in einer ähnlichen Lage. Während jedoch die Bundesrepublik im blinden Eifer, nur schnell wieder mit Waffen rasen zu können, mit traditionellen Waffen aufrüstet, obwohl doch Atomwaffen und Raketen die herkömmliche Strategie und Taktik über den Haufen geworfen haben, wartet das vorsichtige Schweden die Entwicklung und den Bericht eines bereits 1955 eingesetzten Fachausschusses ab, bevor es der Landesverteidigung weitere Mittel in grösserer Ausmasse bewilligt.

Der Staatsvoranschlag hat schon deshalb nur einen vorläufigen Charakter, denn die Wehr-Ausgaben werden schliesslich höher sein. Der schon jetzt errechnete Fehlbetrag im Staatsvoranschlage für 1958/59 von 1.600.000.000 sKr ist demnach zu tief gegriffen. Der Finanzminister weisse, dass er im Anleiheweg allein ein derartiges Defizit nicht decken kann, ohne die Kapitalversorgung der Wirtschaft zu gefährden, hat jedoch vorläufig keine neuen Steuern vorgeschlagen.

Die finanziellen Schwierigkeiten sind wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Ausbau der Sozialleistungen in unvermindertem Masse weiterginge, während das Steueraufkommen sich nicht mehr im gleichen Tempo wie bisher erhöht, denn die hektische Wirtschaftskonjunktur hat sich etwas beruhigt. Vorläufig ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt

noch ausbalanciert, während in den vergangenen Jahren der Mangel an Arbeitskräften gross war. Er hatte noch 1957 infolge des aussertariflichen Lohngleitens nach oben dazu beigetragen, die Verbrauchspreise um vier Prozent zu erhöhen (eine andere Ursache waren höhere indirekte Steuern). Für 1958 erwartet man eine grössere Preisstabilität. Der Finanzminister empfiehlt aber auch in Hinkunft eine straffe Finanz- und Kreditpolitik.

3 1/2 Milliarden für 7,4 Mill. Einwohner

Seit vielen Jahren sind in Schweden die Sozialaufwendungen die grösste Ausgabenpost. Auf sie entfallen 30 Prozent aller Ausgaben, nämlich 3,577.000.000 sKr (d.s. ca. 2 862 Mill. DM). Dieser Betrag ist um ca 157.000.000 sKr höher als jener für 1957/58, hauptsächlich infolge Erhöhung des staatlichen Kindergeldbeitrages. Die staatliche Volkspension erfordert 1.886.000.000 sKr, der Kindergeldbeitrag 734.000.000 sKr. Das ist sehr viel, wenn man bedenkt, dass Schweden nur knapp 7.400.000 Einwohner hat und dass zu den staatlichen noch die nicht minder hohen kommunalen Sozialausgaben kommen.

Einer der Lichtpunkte des Staatsvoranschlages ist die Aufrüstung des Forschungs- und Hochschulwesens und die Entschiedenheit, mit der Erschliessung der Atomkraft für friedliche Zwecke in Angriff genommen wird. Norrlands medizinische Hochschule in Umea wird nun Wirklichkeit, die bestehenden hohen Schulen erhalten höhere Zuwendungen. Für die Entwicklung der Atomkraftwerke wird der Staatsaufwand verdoppelt. Die intensive Wohnungsbau-Tätigkeit des Jahres 1957 soll unvermindert fortgesetzt werden.

Die Prinzipdebatte des Reichstages verspricht interessant zu werden denn einerseits hat durch den Austritt der Agrarier aus der Regierung die politische Auseinandersetzung neue Aspekte erhalten, andererseits werden die bevorstehenden Reichstagswahlen ihren Schatten vorauswerfen. Die allianzfreie Aussenpolitik wird von allen Parteien gestützt, aber in der Verteidigungsfrage und hinsichtlich der Verwirklichung der gesetzlich gewährleisteten zusätzlichen Alterspensionen wird die sozialdemokratische Minoritätregierung wohl mit harten Auseinandersetzungen zu rechnen haben.

Ein Knigge aus Pankow

K.J. "Wir sind der Anarchie im Umgang mit Menschen müde, an der wir uns eine Zeitlang ergötzt haben." So steht es geschrieben in einem 300 Seiten dicken Anstandsbuch, das seit einigen Wochen in den sowjet-zonalen Buchhandlungen zum Verkauf ausliegt. "Keine Angst vor guten Sitten!" hat es sein Verfasser, der SED-Kommentator Karl Kleinschmidt, betitelt, und sein Werk erregt drüben manche Leute ebenso, wie das hier der Knigge der inzwischen pensionierten Legationsrätin Pappritz tat.

Anstand ist natürlich nicht Anstand! Kleinschmidt geht es nicht um die Empfehlung "grossbürgerlicher Umgangsformen, um nach oben Anschluss zu gewinnen und Karriere zu machen" - er will "in unserer werdenden sozialistischen Gesellschaftsordnung mehr achtungsvolle Rücksichtnahme von allen gegenüber allen." Das hört sich ordentlich an. Aber dann finden sich in dem Buche so viele Plattheiten, dass es einen um die verbrauchte Druckerschwärze leid tun möchte: wie einer Messer und Gabel zu halten hat und dass der Herr zuerst die Dame/grüsst, sollte eigentlich bekannt sein. Auch die schöne Sitte, zum Abendanzug eine Krawatte anzulegen und bei Gesellschaften nicht mit freier Hemdbrust einherzugehen, wird durch Kleinschmidts Werk zu neuem Leben berufen.

Interessant wird's da, wo die besonderen Zonenverhältnisse herausleuchten. Das Duzen unter Arbeitskollegen dürfe man keineswegs mehr als obligatorisch oder selbstverständlich voraussetzen - es sollte sogar der Sohn den Vater mit Sie anreden, falls beide im selben Betrieb arbeiten und der Vater als Vorgesetzter fungiert. Schreibt man an den "Herrn Aktivisten" Müller? O, nein: das "Aktivist" gehört als Zusatz unter den "Herrn Müller". Auch der richtige Gebrauch von Zahnstochern wird eindringlich dargestellt - wobei allerdings der Verfasser den Umstand beklagt, dass im Handel immer noch keine erhältlich sind.

Freundlich sollen die Mitteldutschen mit den Volkspolizisten sein, die in Zügen oder anderswo Ausweise kontrollieren - unfreundlich, wenn sie in die Bundesrepublik fahren und irgendwo hören, dass die "DDR" verleumdet wird. In solchen Fälle dürfen sie "nicht lächelnd zuhören". Die Sensation des Buches aber ist dieser Satz, der auffordert, die Bundesrepublik, ihre Gesetze und Organe zu respektieren: "Es ist nicht Ihre Sache, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen, dessen Bürger Sie nicht sind, und seine Einrichtungen zu schelten, nur weil diese Ihren politischen Geschmack nicht treffen" - Was wird das SED-Zentralkomitee nur zu dieser unkämpferischen Kniggerei sagen?

Rückkehr emigrierter Wissenschaftler

-sp- Das Bundes-Atom-Ministerium hat die Absicht, die Rückkehr-
Wünsche emigrierter Forscher und Wissenschaftler aktiv zu unterstützen.
Das ist eine begrüßenswerte Idee, die schon längst hätte verwirklicht
werden sollen. Noch immer leben im Ausland viele deutsche Forscher und
Wissenschaftler mit Namen von Rang und Klang, deren Rückkehr in die
Bundesrepublik nur deshalb nicht erfolgte, weil sich verantwortliche
deutsche Stellen darum nicht bemühten und kein Interesse dafür bekunde-
ten. Die deutsche Wissenschaft und Forschung hat durch die Emigration
hervorragender Gelehrter schwere Einbußen erlitten. Hier gilt es, vieles
nachzuholen. Viele dieser Gelehrten, die ihren Gastländern zur Ehre ge-
reichten, wollen nun an die Stätte ihres früheren Wirkens zurück, ein gu-
tes Zeichen für das Vertrauen, das sich die Bundesrepublik erworben hat.
Sie sollte es mit Grosszügigkeit honorieren.

Wie dringend notwendig die Verstärkung des akademischen Lehrkörpers
an unseren Hochschulen und Universitäten ist, beweist die Klage der Rek-
torenkonferenz, die kürzlich stattgefunden hat. An den 33 Universitäten
und Hochschulen studierten im Wintersemester 1956/57 14.538 Schüler aus
dem Ausland, über 5.000 mehr als in den vergangenen Jahren. Die sachge-
rechte wissenschaftlich-fachliche Betreuung dieser studierenden Auslän-
der bedeutet für die akademischen Lehrer und Assistenten eine besonders
starke Beanspruchung. Sie kann, wie es in einer Erklärung der Rektoren-
konferenz heisst, mit den vorhandenen Kräften nicht bewältigt werden.
Die Konferenz hält es daher für dringend notwendig, dass beim Ausbau der
Hochschulhaushalte auch der personellen Verstärkung nach dieser Richtung
Rechnung getragen wird. Die Rückkehr der emigrierten Forscher und Wis-
senschaftler würde gewiss mit dazu beitragen, diese Lücke auszufüllen.

+ + +

Berichtigung: Der Verfasser des gestrigen Artikels "Sorgen an der Saar"
heisst Friedrich Regitz, MdL, Saarbrücken.

Verantwortlich: Günter Markscheffel